

KLAUS DIETER ARNDT

Das Wirtschaftsprogramm des DGB in der Gesellschaft der Gegenwart

I. Welche Ziele?

Konjunkturklima und langfristige Erwartung

Das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde im November 1963 beschlossen, im Mai des gleichen Jahres im Entwurf vorbereitet. In jener Zeitspanne zwischen Mai und November 1963 zeigten sich die ersten Keime der vierten Nachkriegskonjunktur — jenes vierten Booms, in dessen Spätphase sich die westdeutsche Wirtschaft zur Zeit befindet. Keime sind klein. Kleines wird leicht übersehen. Auf die wirtschaftspolitische Diskussion der deutschen Öffentlichkeit wirkte daher noch eine andere Konstellation ein. Es waren einmal mehr die Sterne des gestrigen Tages, die Sterne der Schwächeperiode: Im Gefolge der Preis- und Lohnsteigerungen des dritten Booms von 1960/61 (oder der Lohn- und Preissteigerungen, je nach wem) sei die deutsche Wettbewerbsfähigkeit verlorengegangen. Hinzu käme die Aufwertung der D-Mark. Die Nachkriegszeit mit ihrem starken Produktions- und Einkommenswachstum sei nun endgültig — dieses Mal aber wirklich endgültig — vorüber. Außerdem gäbe es nun die Mauer, auf zusätzliche Arbeitskräfte könne man also nicht mehr rechnen.

Damit nicht genug, die alten Sterne ließen noch weitere Deutung zu. Trotz aller ökonomischen Erfolge der fünfziger Jahre sei die Einkommens- und Vermögensverteilung aus den Ausgangsstellungen kaum herausgekommen, der Vermögensbestand in festen Händen. Der Vermögenszuwachs falle aber nach wie vor den Unternehmen und dem Staat zu. Für die privaten Haushalte verbliebe wenig, für die Arbeitnehmerhaushalte allein noch weniger.

Soweit die öffentliche Diskussion von damals. Ein Bundeskongreß des DGB ist Teil der Öffentlichkeit. Er ist nicht nur Faktor, er ist auch Produkt: Wird die Erwartung über die künftige Wirtschaftslage von der Gegenwart beeinflusst? Ist diese längerfristige Erwartung einer der Ausgangspunkte gewerkschaftlicher Strategie?

Zu beidem ein Ja. Die erste Antwort wurde zum Teil bereits begründet. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte auf Verlangsamungen im Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft und dem einhergehenden, ja sie begründenden Stillstand oder Rückgang der Produktion in wichtigen Industriezweigen höchst allergisch. Noch war die Erinnerung vieler an das ökonomische Desaster von 1929/1933 und seine innen- und außenpolitischen Folgen zu deutlich, um es bewältigt, d. h. gedanklich unter „Wissensmangel im Kindesalter der Wirtschaftspolitik“ abgelegt zu haben. Die westdeutsche Nachkriegswirtschaft wurde mit der Skepsis aufgenommen, die man der Dauerhaftigkeit von Glücksfällen, Zufällen und Wundern entgegenbringt. Sie wurde temporär als einmalig gedeutet.

Außerdem: Die Wirtschaftsentwicklung in den anderen westlichen Industrieländern war nicht einmal so ungebrochen wie die deutsche. Was lag näher, als Unterbeschäftigung und Rezession als das eigentliche Typische für die USA-Wirtschaft zu nehmen, das im Vergleich zur Vorkriegszeit nur durch Rüstungsausgaben überlagert und erträglich gemacht werden konnte. Unter diesen Umständen mußte die längerfristige Erwartung relativ pessimistisch sein.

Zur zweiten Antwort: Ein Grundsatzprogramm enthält Strategie. Diese beruht auf Annahmen über die langfristige Entwicklung der äußeren und inneren Lage, wie über das ihnen jeweils zugehörige Wie und Wer auf der Szene der Politik. Strategie findet sich am unmittelbarsten im Katalog der Mittel, berührt aber auch den der Ziele. Offenkundig muß der Zielkatalog der Gewerkschaften danach variieren, ob man in absehbarer Zeit — sagen wir für das nächste Jahrzehnt — erstens mit einem Kollaps des Kapitalismus (der Fall „1932“), zweitens mit dem Auf und Ab einer Stagnationswirtschaft (der Fall „Eisenhower“), drittens mit Expansion auf Dauer (der Fall „Bundesrepublik“) rechnet.

Kollaps und Stagnation

Der Fall 1932 ist klar. Hielte man ihn für wahrscheinlich — wer täte das schon —, wäre es faktisch die Prognose einer revolutionären Situation: ökonomische Hoffnungslosigkeit für einen gravierenden Teil der Arbeitnehmer und des selbständigen Mittelstandes, die von sich aus zu tiefgreifenden Umwälzungen in der inneren Ordnung und in der äußeren Position der Bundesrepublik drängt. Geschichte wiederholt sich nicht unbedingt. Es ist daher denkbar, daß Gewerkschaften und Staat gemeinsam mit dieser Situation trotz der dann bestehenden Schwäche beider fertig werden können. Die Gewißheit dafür wäre größer, wenn die Gewerkschaften sich der Rolle des Staates sicherer sein könnten. Die Wahrscheinlichkeit für einen halbwegs erträglichen Ausgang ist auch dann nicht groß. Immerhin, das Grundsatzprogramm müßte auf Mobilmachung gestimmt sein. Der Punkt 4 des Zielkatalogs (II.) von 1963 „Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht“ und die Punkte 4, 5 und 6 des Mittelkatalogs (III.)

„Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft“, „die Kontrolle wirtschaftlicher Macht“ und „Wirtschaftliche Mitbestimmung“ gehörten an den Anfang.

Im Zielkatalog des Stagnationsfalles wäre Vollbeschäftigung mit Abstand an die erste Stelle zu setzen. Schon „stetiges Wirtschaftswachstum“ hätte den Charakter eines Nebenziels zum Erreichen oder Sichern von Vollbeschäftigung. Realistisches Hauptziel mit allen Konsequenzen für die anderen Ziele und für den Mittelkatalog kann es nicht sein. Was heißt das konkret? Zum Beispiel: Im Text zu Punkt 1 wäre die „Bejahung des technischen Fortschritts“ sinnlos, es sei denn zu reinem Deklamieren. „Schutz des individuellen Arbeitsplatzes“ müßte es heißen. Tatsächlich ist in dieser Lage ein Arbeitsverhalten des feather-bedding durchaus nicht unvernünftig. Und weiter: Für die internationale Integration von Stagnationswirtschaften könnte man sich nur lau erwärmen; Protektionismus, wo immer möglich, wäre besser.

Platz 2 des Zielkatalogs käme der Lohnpolitik zu: Die Gewerkschaften müßten im Aufschwung nehmen, was der „Markt“ hergäbe, Maßhalten würde im Abschwung nicht honoriert werden. Dagegen kann — wie geschehen — ein höherer Anteil am Volkseinkommen mit guter Aussicht angesetzt werden. Je schlechter die Wirtschaftslage, desto höher der Anteil: Die Gewinneinkommen variieren mit der Konjunkturlage ja überproportional; die indirekten Steuern sind im „Volkseinkommen“ nicht enthalten. Die Quotenmechanik der Verteilung hat skurrile Resultate.

Platz 3 käme in der Stagnationswirtschaft dem Kampf um oder gegen wirtschaftliche Macht zu. Erstens kann man nie wissen, ob das Ab der Konjunktur an einem erträglichen Punkt aufgefangen werden kann. Zweitens hätte die um diesen Platz konkurrierende Zielsetzung „Geldwertstabilität“ sowieso nur deklamatorischen Charakter: Bei dem dieser Situation gemäßen Schneckentempo im Produktivitätsfortschritt ließe sie sich nicht erreichen.

Glücklicherweise basiert das Grundsatzprogramm des DGB nicht auf dem „Eisenhower-Fall“. Aber es basiert auch nicht auf dem „Fall Bundesrepublik“. Es ruht auf beiden. Für die Expansionsannahme sprach die Nachkriegserfahrung, für die Stagnationseinschätzung verständliche Skepsis. Wie hätte der Zielkatalog aussehen können, wenn auch Boom Nr. 4 von 1964/65 bereits Erfahrung geworden wäre und die Ferngläser der Konjunkturforscher bereits den Horizont nach Nr. 5 absuchten? Kurzum, wie hätte er heute sein können?

Der Fall „Bundesrepublik“

Nehmen wir das Grundsatzprogramm einmal mehr zur Hand. Sein Zielkatalog hat die Überschriften

1. Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum
2. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung
3. Stabilität des Geldwertes
4. Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht
5. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Vollbeschäftigung ist offenkundig ein Beiprodukt der Expansion. Das Leitziel ist „stetiges Wirtschaftswachstum“ oder wie es im Text präziser heißt „die volle Entfaltung aller produktiven Kräfte“. Weiter im Text: Die Forderungen nach „Strukturwandel“, „internationalem Warenaustausch“, „technischem Fortschritt“, „Raumordnung“ sind wachstumspolitische Forderungen, sind Notwendigkeiten einer Expansionsgesellschaft. Ferner setzt die volle Entwicklung der Produktivkräfte das Element ihrer Stetigkeit voraus, d. h. „Konjunkturschwankungen“ sind „nach Möglichkeit zu vermeiden“: So gesehen deckt die Wachstumszielsetzung bereits andere wirtschaftspolitische Ziele mit

ab: Europäische Integration, Intensivierung des internationalen Warenaustausches, Vollbeschäftigung.

Tatsächlich gehen noch weitere Ziele in die „volle Entfaltung der Produktionskraft“ ein. „Starkes Wachstum verlangt eine hohe Investitionsquote. Über die Investitionen gelangt nun einmal der technische Fortschritt von den Reißbrettern und Laboratorien in den Produktionsapparat. Gleichfalls erlaubt nur die Expansionswirtschaft jenen Strukturwandel, der zu Wanderungen von Arbeitnehmern und Selbständigen aus Bereichen niedrigerer in Branchen höherer Produktivität führt — und sie erlaubt ihn ohne gravierende soziale Härten. Ein Sechstel des westdeutschen Produktivitätsfortschritts in den letzten 15 Jahren beruht allein auf diesen Verlagerungen.

Beides, starke Investitionen und Strukturwandel, sichern auch bei voll ausgenutzten Kapazitäten kräftige Produktivitätsfortschritte. Sie sind damit eine relativ zuverlässige Waffe gegen inflatorische Entwicklungen. Zumindest war die antiinflationäre Wirkung starker Produktivitätssteigerungen größer als die des waghalsigen Experiments der Konjunkturdämpfung. Alle Erfahrungen zeigen, daß Nachfragedämpfungen zunächst das Produktivitätswachstum stärker drosseln als die nominale Lohnentwicklung. Diese Art von Preisstabilisierung müßte also — und häufig geschieht dies auch — bis zur Rezession fortgeführt werden, um Wirkung zu erzielen. Auf diese Weise läßt sich Geldwertstabilität nur auf Kosten des Wachstums erreichen. Wer dagegen Wachstum im Visier der Politik behält, deckt auch einen Teil des Zielpunkts „Geldwert“ mit ab.

Freilich nicht das Ganze. „Stabilität des Geldwertes ist kein Nebenziel. Aussichtsreich wird sie jedoch nur in der Wachstumswirtschaft. Dann läßt sich auch die schleichende Form der Inflation bekämpfen, läßt sich auf ein Maß reduzieren, unterhalb dessen an der Tragfähigkeit der Preisstatistik mit Recht gezweifelt werden kann. Im Fachkreis der Ökonomen mag und sollte erörtert werden, ob diese Zielsetzung zu relativieren wäre, z. B. auf den Gleichschritt mit der Preisentwicklung der wichtigen Handelspartner. Das Grundsatzprogramm der Gewerkschaften konnte und kann nicht so bescheiden sein. Erreichbares hat erreicht zu werden! Geldwertstabilität ist eine derart lohnende Herausforderung an Verstand und Willen der Gegenwart, daß sie im Zielkatalog der Expansionsgesellschaft den Platz 2 verdiente.

Volle Entfaltung der Produktivität. Was heißt das für die übrigen Zielsetzungen? Für Verteilung, Machtgebrauch, Internationalität und — ich füge hinzu — Gemeinschaftsaufgaben? Verteilung und Gemeinschaftsaufgaben: Wohlstand des einzelnen und der Gemeinschaft, nur so auch Wohlstand für alle.

Privater wie öffentlicher Wohlstand entwickeln sich mit privatem wie öffentlichem Einkommen. Beide hängen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens, von der vollen Entfaltung der Produktivkräfte ab. Das ökonomische Potential determiniert das Niveau an Bildungs- und Verkehrsinvestitionen, an Entwicklungshilfe und Familienförderung, an innerer und äußerer Sicherheit, das wir uns jeweils leisten können. Gleichzeitig scharfen viele dieser öffentlichen Ausgaben die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung des ökonomischen Potentials. Ihre Steuerung nach der Zeit ist zudem wichtiger Ansatzpunkt für eine Verstetigung des Wachstums.

Expansion auf Dauer entscheidet die soziale Frage; sie macht vor den Nischen des Elends nicht halt. So wird sich auch in den USA der berühmte Bodensatz an struktureller Arbeitslosigkeit ebenso als reaktionäres Denkschema erweisen wie in der Bundesrepublik. Hier waren es die Bewohner des Bayerischen Waldes, dort sind es die der Appalachen und des Mississippi-deltas, für die Arbeitslosigkeit und Armut als unabänderlich galt oder gilt. Hier waren es die Kinder der Vertriebenen, dort sind es die Jugendlichen der Farbigenghettos, deren Schulbildung und Arbeitsbewußtsein für völlig unzureichend erklärt wurde oder wird. Aber hier wie dort wird starkes Wachstum die

Menschen aus den Elendsgebieten ebenso hinausführen wie Industrien in sie hineinbringen. Hier wie dort wird die Jugend Chancen ergreifen, wenn sie ihr nur geboten werden. Sie wird einen großen Teil des Versäumten im „learning by doing“, in Lernen durch Tätigsein nachholen.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung bleibt von der Expansion ebenfalls nicht unberührt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn man sie auf den lebendigen Menschen, auf die Person, bezieht. Zwischen der Einkommensverteilung und dem Reifegrad einer Volkswirtschaft bestehen Zusammenhänge. Amerikanische Forscher, ich nenne vor allem *Simon Kuznets*¹⁾, haben festgestellt, daß die Einkommen am — vorläufigen — Ende der Industrialisierung gleichmäßiger verteilt sind, als an ihrem Anfang. Freilich vollzog sich der Anteilrückgang der jeweils bestsituierten Schichten am Gesamteinkommen nicht auf einer Einbahnstraße. Zunächst einmal wurde die Verteilung ungleichmäßiger. Die Konzentration der Vermögen in wenigen feudalen Händen und die Binnenwanderung der Bevölkerung aus dem egalitären Elend des flachen Landes in die differenzierteren Städte wirkten auf größere Ungleichheit. Erst allmählich wurde sie von den Gegenkräften überspielt. Staatliche Umverteilung, die stärker werdende Knappheit an Arbeitskräften für Industrie und Dienste, die bessere Schulbildung und Berufsausbildung waren diese Gegenkräfte. Sie sind sämtlich Produkt des Industrialisierungsprozesses, sogar eines durch Kollaps und Stagnationswirtschaft gestörten Prozesses: Das Resultat wäre glänzender gewesen, wenn sich das Fachwissen von Heute und der Geist der New frontiers oder der Great society eher hätten verbinden und verbünden können! Gelingt es, dem Arbeitnehmer Zinseinkommen zu verschaffen, wird sich der Ausgleichsvorgang beschleunigen: Einkommens- und Vermögensverteilung hängen voneinander ab, beide werden von der Produktionskraft des Gemeinwesens mitgeformt. Spartätigkeit setzt Sparfähigkeit voraus.

Die volkswirtschaftliche Bruttovermögensbildung im Jahr 1964 zeigt folgendes Bild²⁾: In das gesamte neugebildete Vermögen in Banken, Ausrüstungen, Vorräten und Auslandsforderungen von 114 Mrd. DM teilten sich zu 60 Prozent die Selbständigen und Unternehmen, zu 24 Prozent der Staat (einschließlich Kirchen und Verbände), zu 16 Prozent die Unselbständigen. 16 Prozent für die Masse der Arbeitnehmer und Rentner sind kein Grund zu Enthusiasmus. Je Einkommensbezieher (natürliche und juristische Personen) steht die Relation Arbeitnehmer : Unternehmer in der Vermögensbildung 1 :36, im Vermögensbestand 1 :40. Immerhin, 1960 waren die „16 Prozent“ nur 13 Prozent, 1955: 10 Prozent, 1950: 4 Prozent (Unternehmen und Selbständige 1950: 81 Prozent). So gesehen hat sich schon etwas getan — sich etwas tun können, da die Sparfähigkeit zunahm und die Sparbereitschaft gefördert wurde.

Die Genauigkeit solcher Zahlen sollte nicht überbewertet werden. Das Terrain ist durch sie noch nicht voll vermessen, aber es kann beschrieben werden: Auf Karstland zeigt sich Vegetation. Auch die Summe aller denkbaren Korrekturen kann diesen Eindruck nicht zerstören. „Gerechte Einkommens- und Vermögensbildung“ als Ziel heißt: Mehr davon! Viel mehr!

Eine Bilanz des Tages — von 1966 — würde die ersten Wirkungen des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes enthalten; sie würde besser sein.

Mißbrauch wirtschaftlicher Macht: Wie wirkt die Expansion auf ihn? Stärkend? Mindernd? Das Letzte.

1) Vgl. Kuznets: "Shares of Upper Income Groups in Income and Savings"; 1953; "Economic Growth and Income Inequality" in: The American Economic Review, 1955, Volume XLV, S. i ä\

2) O. de la Chevallerie: Die Verteilung des Vermögenszuwades in der Bundesrepublik seit 1950. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (nodi nit veröffentlicht).

Am deutlichsten spürt man dies im Arbeitsleben. Generelle Arbeitskräfteknappheit verändert die Position von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die effektive Macht des Besitzes wird latent. Das ist nicht genug, aber immerhin.. . Bleibt Expansion in einer freien Gesellschaft — und von ihr allein ist die Rede —, so bleibt auch diese Macht latent. Das Gleiche gilt für die abgeleitete Macht des unmittelbaren Vorgesetzten. Für den einzelnen Arbeiter ist sie häufig spürbarer als die des obersten Chefs. Ist die Arbeit mobiler als das Kapital, so kann sich der Arbeiter Schikanen entziehen — so wird es in der Regel zu ihnen gar nicht erst kommen. Das Betriebsklima wird zum Produktionsfaktor.

Dies ist ein Ausschnitt aus der Vielfalt des Problems. Aber er steht nicht für sich allein. Gewerkschaften zu Arbeitgeberverbänden, der Einzelne zu seinem Verband, der Zulieferer zur großen Firma: Volle Entfaltung der Produktivkräfte ändert auch bei ihnen die Machtverteilung. Bigness allein zählt nicht. Jedenfalls in einer freien Gesellschaft. Soll sie frei bleiben, darf allerdings die Konzentration der Vermögen, von latenter Macht, nicht begünstigt werden. Doch davon mehr bei der Diskussion der Mittel.

Internationale Zusammenarbeit

Der Programmtext wünscht sich eine engere internationale Kooperation zu Wachstum und Geldwertstabilität. Er verlangt diese Zusammenarbeit auch für die Gewerkschaften. Er sagt ja zur Entwicklungshilfe.

Inwieweit diese Kooperation besser und inwieweit Entwicklungshilfe fruchtbar wird, entzieht sich zu einem erheblichen Teil dem eigenen Einfluß. So sind die Gewerkschaften wohl bis an die Grenze des Möglichen gegangen, um aus jungen Nationen auch freie Nationen zu machen. Das Resultat ist bekannt. Der Wille zur Hilfe darf unter ihm nicht leiden.

Die Entwicklungsländer stehen am Anfang der Industrialisierung. Sie teilen damit Probleme, die uns selbst nur zu bekanntgeworden sind. Der Blick auf die Entwicklungsländer ist ein Blick in unsere eigene Vergangenheit, eine Vergangenheit voll von Not und von politischen Krämpfen. Dieser Blick sollte zumindest deshalb Verstehen und Wärme zeigen.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Wort über die ausländischen Arbeiter in Deutschland. Ökonomen haben das Plus und Minus ihrer Arbeitsleistung für die Bundesrepublik errechnet. Polizeipräsidenten haben sich geäußert. Der Zusammenhalt der Gastarbeiter mit ihren Familien ist nicht ungefährdet. Es gibt Stimmen, die den Kontakt mit fremdartigen Gepflogenheiten im eigenen Lande hoch einschätzen. Dies alles ist wichtig. Ausschlaggebend scheint mir jedoch etwas anderes: Gegenüber der Armut, unfreiwilliger Armut, darf man nicht neutral sein wollen! Mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet bieten wir diesen Menschen eine ökonomische Chance: Nicht nur denen, die kommen, auch denen, welche die Arbeitsplätze der Gegangenen besetzen können. Vielleicht tragen wir damit sogar zur Aufweichung einer traditionellen Machtstruktur, zu einer politischen Chance bei.

Den deutschen Gewerkschaften kann daher nicht hoch genug angerechnet werden, diesen Schlagbaum mitgeöffnet zu haben. Eines Tages, wahrscheinlich eines nahen Tages, werden die Arbeiter Italiens und Jugoslawiens im eigenen Lande gebraucht werden und im eigenen Lande bleiben. Bald werden ihre Gewerkschaften dann vor derselben Entscheidung stehen wie der DGB. Sie fällt hoffentlich ebenfalls für die internationale Zusammenarbeit.

Folgerungen

Im wirtschaftspolitischen Zielkatalog des DGB überwiegt der Fall „Bundesrepublik“. Die „volle Entfaltung aller produktiven Kräfte“ steht an zentraler Stelle. Die Erfahrung seit 1963 zeigt: zu Recht. Die Expansion hat angehalten.

Strategie muß auf einer realistischen Grundannahme aufbauen. Diese Annahme war es. An einigen Stellen setzte sie sich nicht radikal genug durch. Warum dies damals so sein mußte, habe ich versucht, am Anfang abzuleiten. Allerdings basieren Ziele nicht nur auf erwarteten Konstellationen. Sie enthalten auch ein Element des Absoluten. Erklärt dies vielleicht die hier diskutierten Ziele und ihre Reihenfolge ebenfalls? Ich gebe zu, das Programm ließe sich auch als Kompromiß zwischen zwei Visionen von der Zukunftsgesellschaft interpretieren; ein Teil der Öffentlichkeit ist so verfahren. Vor allem jener Teil, der den Gewerkschaften sehr kritisch gegenübersteht — und Kritikfreude beruht nicht immer auf Liebe. Für ihn ist das Programm Ergebnis eines Ringkampfes von Plan- und Marktwirtschaftlern, von Sozialisten und Liberalen. So etwas ist einfach, leuchtet ein, ist aber nicht richtig, bleibt Oberfläche. Ich kenne keine Gewerkschaft, deren praktische Politik nicht auf die Gegebenheiten von heute und die Erwartungen von morgen abgestimmt ist. Argumentation mag dies hier und dort verdecken. Aber auch dies ließe sich recht pragmatisch erklären.

Gewerkschaften sind dem Fortschritt verpflichtet. Fortschreiten heißt Lernen und Aufbrechen, immer wieder. Auch 1963 wurden die ökonomischen Ziele so gesetzt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sollte diese Tradition, die „Tradition des Fortschritts“, beibehalten; er muß sie beibehalten. Wer im Programm nach einer Doktrin sucht, hier wird er sie finden.

II. Welche Mittel?

Mittel sind den Zielen zugeordnet. Die Ziele sind erörtert. Es sind die Ziele der Expansionswirtschaft: „Wachstum, Währung und Verteilung“ oder „Wachstum, Währungsstabilität und Wohlstand.“ Diese Reduzierung auf drei Begriffe will nichts zum Verschwinden bringen. Wohlstand meint nicht nur den der eigenen Bürger. Akzeptabler Machtgebrauch deckt sich zum Teil mit dem Wachstums- und Verteilungsziel, gehört zum anderen Teil in den Mittelkatalog.

Ihn beginnen wir mit „Planung und Wettbewerb“. Der Programmpunkt steht an der richtigen Stelle: bei den Mitteln und nicht bei den Zielen, er bestätigt damit die „Tradition des Fortschritts“. An den Flanken der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung wurde freilich „Planung und Wettbewerb“ lange Zeit unter der Überschrift „Planwirtschaft oder Marktwirtschaft“ diskutiert.

Die eine Flanke ist dünn geworden. Von Jugoslawien lernten die Völker Osteuropas, daß Sozialismus und Planwirtschaft nicht identisch, daß flexible Preise, Löhne und Gewinne beim Umgang mit knappen Produktionsfaktoren überlegen sind. Das heißt nicht, die Stalinsche Planwirtschaft sei „falsch“ gewesen. Sie war eine höchst pragmatische Angelegenheit, allerdings kein Mittel für ökonomische Ziele, sondern zur maximalen Konzentration von Staatsmacht. Die Eiferer dieser Flanke hatten das mißverstanden; es ist nun auch für sie geklärt.

Wann wird auch die andere Flanke zur Sekte degradiert sein? Marktwirtschaft als Gegensatz zur Globalsteuerung, zum Rahmenplan, zum „Staat an sich“ ist offenkundig Unsinn. Auch hier kann Gläubigkeit mangelndes Fachwissen nicht ersetzen. Nicht einmal der Mantel des Liberalen oder Neoliberalen ist „den Sektierern von rechts“ zuzuerkennen. Was können schon die beiden *Mills*, was kann *Eucken* für solche Gefolgsleute.

Halten wir es mit dem DGB: Planung und Wettbewerb gehören zusammen. Die Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen auf die Unternehmen, die Lenkung der Produktionsfaktoren nach Menge und Qualität über den Preismechanismus halten die Verschwendung von wertvoller Produktivkraft auf ein Minimum trotz aller Verzögerungen in der Anpassung. Diese Flexibilität der Marktwirtschaft ist aber nur dann eine Stärke, wenn sie voll genutzt werden kann, wenn die Faktoren auch gefordert werden.

Dazu bedarf es eines ständigen Stromes richtiger kurzfristiger wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen. Sie können nur richtig sein, wenn die Steuerleute selbst wissen, wohin die Fahrt auf mittlere oder längere Frist überhaupt gehen soll. Andernfalls regiert der Druck des Augenblicks, ergibt sich der Interventionismus klassischen Stils: Eine Vielzahl sich in kurz- und langfristiger Perspektive oder gar gleichzeitig widersprechender Maßnahmen. In diesem Stadium befinden wir uns heute in der Bundesrepublik. Unter ihm leidet besonders die Geldwertstabilität.

Für Rahmenplanung — oder was dasselbe ist, für Wirtschaftsprogramme — spricht aber nicht nur die Orientierung, die sie der Wirtschaftspolitik und den Unternehmen bietet. Langfristige wie kurzfristige Programme sind ein Instrument zur Erreichung von Geldwertstabilität. Wenn überhaupt, so ist nur auf dem Wege tätigen Mitwirkens das notwendige Maß von Verantwortlichkeit für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu erreichen. Solange die Vertreter der großen sozialen Gruppen gezwungen sind, den flüchtigen Vorteil des Augenblicks wahrzunehmen, bleibt ihre Rücksichtnahme lediglich unverhofftes Geschenk, ist aber kein kalkulierbarer Faktor. Einkommenspolitik fällt einer Regierung nicht in den Schoß. Im Vertrauen muß der Staat vorleiten.

Der Sachverständigenrat konnte in seinem zweiten Jahresgutachten berichten, daß die Gewerkschaften zur Mitarbeit bereit sind. „Maßhalten“ setzt ein Stabilisierungsprogramm voraus, mit einem runden Tisch, an dem darüber geredet werden kann, welches Maß von wem zu halten ist. Es setzt eine Regierung voraus, die das Resultat zur Leitlinie ihrer Politik macht. Das klingt einfach. Das ist auch einfach. Aber offenbar fällt es nicht leicht.

Mit der Präsentation des Instrumentenschranks der Konjunkturpolitik kann ich Sie in diesem Vortrag nicht aufhalten. Es genügt, sich zu erinnern, daß dieses Maß an Preissteigerungen nicht auf das Fehlen zahlreicher Instrumente zurückgeführt werden kann. Der Boom hätte im Frühjahr 1964 an den Landesgrenzen durch simple Steueränderungen gebrochen werden können — vor der Preis- und Lohnwelle.

Für eine mittelfristige Wachstumspolitik fehlen allerdings noch wichtige Mittel: konkrete Anpassungsprogramme für Wirtschaftszweige, denen der Wind ins Gesicht bläst. Ferner fehlen mittelfristige Finanzplanungen für die zentralen Gebietskörperschaften: Um überhaupt Prioritäten setzen und die Konjunktur im Strom der Zeit steuern zu können.

Schließlich muß sich der Staat weiterhin um eine ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung kümmern. Die Expansionswirtschaft schafft für sie wichtige Grundlagen. Das ist viel, aber es reicht nicht. Das Verteilungsziel ist der Expansionsgesellschaft wie eine Gemeinschaftsaufgabe ausdrücklich und immer wieder zu stellen. Expansive Sozialpolitik und staatliche Sparförderung sind notwendig. Ferner: Das Aufholen der Arbeitnehmer in der Vermögensbildung kann nicht allein zu Lasten der Unternehmen bewirkt werden. Selbstfinanzierung muß sein: für die Kleineren — und auch für die Pionierinvestitionen der Großen. Soll der Arbeiter zum Gläubiger, so muß der Staat zum zweiten großen Schuldner neben den Unternehmen werden. Ein Teil seiner Investitionen, geschweige denn seiner Darlehen, kann mit Kredit finanziert werden. Er wird es auch bereits. Der Knappheit an Mitteln hält die überkommene

Trennung in werbende und nichtwerbende Anlagen nicht stand. Gewerkschaftliche Unternehmen helfen, dafür Wege zu finden.

Nun zur Mitbestimmung: Paßt sie in die Landschaft der Expansionsgesellschaft? Am Anfang dieses Vortrages wurde sie im Zusammenhang mit dem Fall „1932“ erwähnt — als ein Stück der Mobilmachung, als Mittel im Kampf um die Macht. Wäre sie zu nichts anderem gut, müßte sie im Fall „Bundesrepublik“ aufgegeben werden. Die wirtschaftlichen Waffen der Expansionsgesellschaft sind nicht die des letzten Gefechts, es sind die des Dabeiseins. Mitwirkung und Mitverantwortung im Unternehmen ist das Gegenstück zur Mitwirkung und Mitverantwortung in der Gesamtwirtschaft. Dabeisein informiert, schafft Vertrauen. Dabeisein bindet: nicht nur die Person, sondern auch den Verband. Nach den bisherigen Erfahrungen in der Montanwirtschaft ist die Allergie anderer Großunternehmen gegenüber der Mitbestimmung nur schwer begreiflich. Leichter zu verstehen ist schon der Argwohn der Öffentlichkeit, die sich wohl auch heute noch kein deutliches Bild von der Mitbestimmung machen kann. Sie ist nicht informiert, vermutet Fernsteuerung oder bloße Pfründe. Der Mann auf der Straße — der Arbeitnehmer — weiß nicht Bescheid, zuckt mit den Achseln. Er braucht nicht nur Broschüren mit juristischen und organisatorischen Darlegungen. Er braucht Beispiele des Tätigseins von Menschen für Menschen.

Es bleibt die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, der latenten Macht, die auch die Expansion nicht beseitigen kann. Sie ist nicht an eine bestimmte Form des Eigentums gebunden. Sie ist privat wie öffentlich.

Wohlstand von allen, also eine gerechte Verteilung, dämmt sie ein. Startvorteile der Konzentration lassen sich beseitigen. Für den interessierten Bürger muß das Geschehen in den großen Unternehmen durchsichtiger werden. Das Gleiche gilt für das Labyrinth staatlicher Haushaltspläne und für die Anlagenpolitik der Sozialversicherung. Hilft Publizität überhaupt, so verträgt sie von einer gewissen Größe ab keine Ausnahme. Eine freie Gesellschaft ist notwendig Feind „geschlossener Gesellschaften“, der „Staaten im Staat“. Im übrigen soviel Wettbewerb als nur immer möglich. Wir leben in einer offenen Welt. Nutzen wir sie auch in dieser Hinsicht.

Dies zu den Mitteln, zu einigen Mitteln. Mitteln zu Wachstum, Währungsstabilität und Wohlstand, die ihrerseits ja auch nur Mittel sind: Instrumente einer freien Gesellschaft. Instrumente, die nicht zureichen, aber doch notwendig sind: Mittel zu der freien Gesellschaft, in der, wie es in der Präambel des Grundsatzprogramms heißt „jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann“.

Offenbar hat man noch nicht begriffen, daß Demokratie gerade dann zu gelten hat, wenn andere anderer Meinung sind, und daß das Gespräch als wirksamstes Instrument demokratischer Auseinandersetzung den Willen zum Zuhören und die Bereitschaft beinhaltet, sich besseren Einsichten nicht zu verschließen.

Sicherlich ist die Mühe der Auseinandersetzung lästig; gewiß ist manche Meinung unbequem und noch unbequemer, sie zu widerlegen. Ganz sicher ist es leichter zu kommandieren als zu diskutieren — zu befehlen als zu überzeugen. Aber das sind mir seltsame Demokraten, die Demokratie nur gelten lassen, wenn alle anderen ihrer Meinung sind. Demokratie ist Ausgleich verschiedener Meinungen und verschiedener Interessen.

Ludwig Rosenberg